

Wien, Mittwoch, den 20. April 1927.

Die Gemeinde für die Innenkolonisation. Seit längerer Zeit verhandelt die Gemeinde mit dem Verein "Kolonien in der Heimat" wegen der Ueberlassung grösserer Grundflächen für die Innenkolonisation. Es ergaben sich bedeutende Schwierigkeiten, weil innerhalb des Wiener Gemeindegebietes Grundflächen, die für den feldmässigen Obst- und Gemüsebau sich eignen würden, überhaupt nicht im Besitz der Gemeinde sind. Der grössere Teil der Arbeitslosen steht jeder Auswanderungsaktion ablehnend gegenüber. Insbesondere der Verein "Kolonien in der Heimat", der eine grosse Zahl von Arbeitslosen zu seinen Mitgliedern zählt, propagiert die Errichtung von landwirtschaftlichen Ansiedlungen im eigenen Land. Die Kolonisten haben bekanntlich seinerzeit die sogenannte Oberau besetzt, die von der Land- und Forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft bewirtschaftet wird; das Verbleiben der Leute scheiterte damals an dem Widerstand des Kriegsgeschädigtenfonds, dem diese Grundflächen gehören. Die Kolonisten haben dann das Gebiet freiwillig geräumt. Seit dieser Zeit verhandelt die Gemeinde mit dem genannten Verein wegen der Ueberlassung von bestimmten Grundflächen in der Lobau, die der Gemeinde gehören. Die Verhandlungen wurden von Vizebürgermeister Emmerling und amtsführendem Stadtrat Kokrda geführt. Es wurde dabei von den Gemeindevertretern betont, dass die Gemeinde den Bestrebungen des Vereines die grösstmögliche Unterstützung zuteil werden lasse und die Vereinsleitung aufgefordert, geeignete Gemeindegründe für die Innenkolonisation vorzuschlagen. Der Verein hat nun vor einigen Tagen der Gemeinde mitgeteilt, dass er den sogenannten "Kaiserspitz" in der Lobau für Zwecke der Errichtung einer Kolonie für geeignet halte. Die Gemeindeverwaltung hat nun sofort eine Begehung dieses Gebietes gemeinsam mit den Leitungsmitgliedern des Vereines "Kolonien in der Heimat" vorgenommen. Auf Grund dieses Lokalaugenscheins hat der Magistrat dem Verein einen Entwurf über die Verpachtung dieses Gebietes vorgelegt. Es handelt sich hier um ein teilweise bewaldetes Gebiet im Ausmass von mehr als 1.2 Millionen Quadratmeter. Die Bestimmungen des Vertrages sind für die Kolonisten ungemein günstig und es dürfte in der kürzesten Zeit mit den Arbeiten begonnen werden können.

Dokumente zur Wahl mitnehmen! Der Magistrat macht nachdrücklichst darauf aufmerksam, dass die Wähler und Wählerinnen bei der Stimmenabgabe ihre Identität durch Vorweisung von Urkunden oder amtlichen Bescheinigungen erweisen müssen. Als solche Bescheinigungen gelten in erster Linie die Personaldokumente (Tauf-, Geburts- und Trauschein). Da viele Wähler ihre eigenen und die Dokumente ihrer Familienmitglieder dem Ansuchen um Verleihung des Heimatsrechtes angeschlossen haben, hat der Magistrat die Bezirksämter angewiesen, diesen Wählern für die Zwecke der Wahl die Dokumente auszufolgen. Es wurden auch alle im Rathaus befindlichen, noch nicht erledigten Heimatsrechtsakte, an die Bezirksämter zurückgeleitet. Wer also aus dem angeführten Grund die Dokumente nicht besitzt, kann sie beim magistratischen Bezirksamt seines Wohnortes abholen. Aber auch diesen Weg kann man sich ersparen, wenn eine andere Identitätsbescheinigung vorhanden ist. Hier kommen insbesondere in Betracht: Anstellungsdekrete, Pässe, amtliche Legitimationen jeder Art, Dienstbotenbücher, Dienstkarten, Eisenbahn- und Tramwaypermanenzkarten, Gewerbescheine, militärische Dokumente, u. s. w.

Die Wohnungskündigungen in der Diefenbachgasse. In einigen Tagesblättern sind unrichtige Meldungen über Wohnungskündigungen in einem städtischen Haus in Rudolfshaus, Diefenbachgasse, enthalten. Der Magistrat stellt hierzu fest, dass der Gemeinderat dieses Haus im Oktober 1926 mit der Bestimmung angekauft hat, dass es einem Neubau Platz zu machen hat. Es handelt sich hier um ein mehr als 200 Jahre altes baufälliges Gebäude, das am Wienfluss gelegen, längst nicht mehr Wohnzwecken dienen sollte. Die Wohnungen sind alle unhygienisch und die Gemeinde hat diesen Hauskauf eigentlich auch aus sanitären Gründen vollzogen. Insgesamt sind dort zehn Wohnungen, deren Inhaber selbstverständlich von der Gemeinde andere Wohnungen zugewiesen erhalten. An Stelle des gegenwärtigen baufälligen Gebäudes wird die Gemeinde ein Volkwohnhaus mit neunzig Wohnungen errichten. Selbstverständlich sind auch alle Nachrichten über Relogierungen dieser zehn Mieter aus der Luft gegriffen. Durch den Volkwohnbau in der Diefenbachgasse, der ein Stück Assanierung dieses Gebietes bedeutet, wird kein einziger der zehn Bewohner des alten Gebäudes obdachlos gemacht. Es ist dies übrigens nicht der ^{erste} Fall, in dem die Gemeinde alte gebrechliche Häuser ankauft, um Raum für gesunde Wohnungen zu bekommen; es sei hier insbesondere auf die Assanierungsversuche in Erdberg und Liechtental verwiesen.

Starke Zunahme der Zahl der Automobile in Wien. Nach einer Zählung der Polizeidirektion wurden am 28. August 1914 in Wien 1684 Privatautomobile, 1701 Autotaxi, zusammen 3385 Kraftwagen gezählt. Die von der Gemeinde im Jahre 1920 eingeführte Kraftwagenabgabe hat keineswegs eine Verringerung der Zahl der Automobile bewirkt. Es hat sich im Gegenteil seit dem Krieg die Zahl der Automobile nahezu verdoppelt. Der letzte Ausweis der Polizeidirektion vom 6. April 1927 zeigt, dass an diesem Tag in Wien 3518 Privatautomobile und 2818 Autotaxi, insgesamt also 6336 Kraftwagen benützt werden. Interessant ist, dass darunter nur zwölf Elektrokraftwagen sich befinden. Nach dieser amtlichen Statistik kann also nicht behauptet werden, dass die Zahl der Automobile in Wien infolge der Kraftwagenabgabe zurückgegangen wäre.

Die Gemeinde Wien hilft den Dienstmännern. Die Genossenschaft der Wiener Dienstmänner plant bekanntlich seit längerer Zeit die Anschaffung von Motorrädern, um dadurch ihren Mitgliedern eine grössere Beschäftigungsmöglichkeit zu sichern. In wiederholten Versprechen bei den Gemeindefunktionären wurde eine finanzielle Unterstützung dieser Aktion von der Genossenschaft verlangt. Die Gemeindeverwaltung hat sich nun bereit erklärt, eine neu zu gründende Wirtschaftsgenossenschaft der Wiener Dienstmänner, die sich mit dem Ankauf von Motorrädern zu befassen hat, finanziell zu fördern. Es wird aus Gemeindemitteln ein grösseres Darlehen für die Wirtschaftsgenossenschaft gewährt werden. Es ist zu hoffen, dass durch diese Aktion die Wiener Dienstmänner, die schwer ums Dasein zu kämpfen haben, eine wirtschaftliche Hilfe finden.